

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.06.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Chance für Flüssiggas-Terminal in Lubmin</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 22.06.2022</i> .....	3
2   <b>„Derzeit fühlt sich kaum jemand betroffen“: Bundesamt mahnt mehr Tempo bei Endlagersuche an</b> <i>NeuePresse.de, 21.06.2022</i> .....	5
3   <b>Drei Monate längere Laufzeit: FDP will AKW-Streckbetriebe bis Frühjahr 2023</b> <i>tagesspiegel.de, 21.06.2022</i> .....	6

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 22.06.2022 | S. 04-SEITE 4

📄 Auflage: 18.699 | Reichweite: 37.417

👤 Frank Pfaff und Iris Leithold/dpa

## Chance für Flüssiggas-Terminal in Lubmin

### Auswärtige Kabinettsitzung der Landesregierung in Berlin / Debatte zur künftigen Energieversorgung

Die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung und die Dämpfung der Energiepreise beschäftigen die Regierungen von Bund und Land. „Mecklenburg-Vorpommern steht bereit zu helfen, wenn es darum geht, unabhängig zu werden von russischem Öl und russischem Gas“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig gestern nach einer auswärtigen Kabinettsitzung der Landesregierung in Berlin, an der auch Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD) teilnahm. So werde gemeinsam mit dem Bund geprüft, wie künftig vom Hafen Rostock aus Öl zur Raffinerie im nordbrandenburgischen Schwedt transportiert werden und wie Flüssiggas über Lubmin nach Deutschland gelangen kann.

Scholz äußerte sich optimistisch zur Errichtung eines Flüssiggas-Terminals in der Ostsee vor Lubmin bei Greifswald. „Wir sind dabei zu prüfen, welche technischen Möglichkeiten genutzt werden können, zum Beispiel in Lubmin, um dort Flüssiggas anlanden zu können“, sagte Scholz. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir da zu guten Ergebnissen kommen.“ Für die Nordsee gibt es bereits konkrete Pläne. In Lubmin endet die Gasleitung Nord Stream 1 durch die Ostsee für russisches Erdgas. Auch die nicht in Betrieb genommene Nord Stream 2 landet in Lubmin an, von wo aus Pipelines an Land nach Westen und Süden führen – bis in die Tschechische Republik. Als Nachteil von Lubmin für den Flüssiggas-Transport mit Tankern gilt, dass die Ostsee dort relativ flach ist.

Scholz hob angesichts der aktuell von Russland reduzierten Gaslieferungen auch die Notwendigkeit eines schnelleren Ausbaus der Erneuerbaren Energien hervor. Zu Überlegungen, die Laufzeit der noch genutzten Kernkraftwerke in Deutschland über das Jahresende hinaus zu verlängern, äußerte er sich hingegen skeptisch.

Die von ihm geführte Bundesregierung habe Gesetzespakete auf den Weg gebracht, mit denen Planungsverfahren für Solar- und Windparks deutlich verkürzt

würden, sagte er nach dem Treffen mit dem Schweriner Kabinett. Diese Möglichkeiten müssten dann auch rasch genutzt werden.

„Das ist das Jahr der Entscheidung, damit wir es hinkriegen, dass Deutschland in kürzester Zeit keine Energieimporte fossiler Art mehr braucht“, sagte Scholz. Deutschland werde vom Herbst an keine Kohle mehr aus Russland beziehen und von Ende 2022 auch kein Öl mehr.

Zur Debatte um die Kernkraftwerke sagte er: Die Brennstäbe reichten bis Ende 2022 und bislang gebe es von Expertenseite keine Aussagen dazu, wie die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert werden könnte.

Wichtig sei, sie jetzt zur Stromproduktion zu nutzen, um Gas zu sparen.

Schwesig sprach sich mit Blick auf die noch immer ungeklärte Lagerung des Atommülls klar gegen eine längere Nutzung der Atomkraft aus. Kein Bundesland wolle das Endlager. „Und wenn keiner den Atommüll haben möchte, dann können wir auch nicht ernsthaft sagen, dass Atomkraftwerke weiterlaufen sollen“, sagte Schwesig.

Sie erneuerte ihre Forderungen an den Bund, für weitere Entlastungen bei den rapide gestiegenen Energiepreisen zu sorgen. „Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land machen sich große Sorgen. Wir sind ein Bundesland mit geringeren Einkommen. Und deshalb wirkt sich das Thema Preise noch einmal stärker aus“, sagte Schwesig und kündigte an, als Land ein weiteres Entlastungspaket des Bundes auch finanziell zu unterstützen, insbesondere zugunsten von Rentnern.

Nach Angaben von Bundeskanzler Scholz hat der Bund für zwei große Entlastungspakete bislang etwa 30 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Mittel würden nun die Familien erreichen. Scholz verwies auf wissenschaftliche Berechnungen, nach denen die staat-

lichen Hilfen für die Mehrzahl der Haushalte mit geringen oder mittleren Einkommen die Extrakosten in diesem Jahr zum Großteil ausgleichen. Die nächsten

Schritte zur Entlastung würden in der konzertierten Aktion beraten, die am 4. Juli erstmals tage.

# Neue Presse

📰 NeuePresse.de | 21.06.2022

👤 RND/dpa

🔗 WEBLINK

## WOHIN MIT DEM ATOMMÜLL?

### „Derzeit fühlt sich kaum jemand betroffen“: Bundesamt mahnt mehr Tempo bei Endlagersuche an

*Deutschland hat noch immer kein Endlager für seinen Atommüll – obwohl weite Teile des Landes das Potential hätten. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung mahnt deshalb zu mehr Tempo bei der Suche. Derzeit aber fühle sich kaum jemand betroffen, monieren die Experten.*

**Berlin.** Die Suche nach einem Standort für ein Atom-  
müllendlager in Deutschland gerät dem zuständigen  
Bundesamtschef zufolge ins Stocken.

„Es gibt aktuell eine Fortschrittslücke im Suchverfahren“, sagte der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König, dem Nachrichtenportal „The Pioneer“ (Dienstag). Die Endlager-Suche hinkt dem Zeitplan hinterher. Bis zum Jahr 2031 soll laut Gesetz die Entscheidung für einen Endlager-Standort gefallen sein, damit ab 2050 die Lagerung beginnen kann.

#### **Atommüll: 54 Prozent der Fläche in Deutschland für Endlager geeignet**

Die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) habe noch keinen Projektplan vorgelegt, bemängelte König. „Mein Amt kann daher derzeit nicht

nachvollziehen, wie man in der Kürze der Zeit all die nächsten komplexen Schritte transparent durchführen will“, sagte der BASE-Präsident. Der Verzug erschwert König zufolge die angestrebte breite Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche.

Die BGE hatte im September 2020 einen Zwischenbericht vorgelegt. Demnach sind 54 Prozent der Fläche Deutschlands für ein atomares Endlager geologisch geeignet. In der nächsten Phase sollten Bedingungen jenseits der Geologie wie Naturschutzgebiete, Bevölkerungs- und Besiedlungsdichte untersucht werden. „Dadurch, dass eine so große Fläche als denkbare Endlager-Gebiete benannt wurde, fühlt sich derzeit kaum jemand wirklich betroffen“, kritisierte König. Erst mit der Eingrenzung auf einzelne, konkrete Flächen wären zielgerichtete Informationen und umfangreiche Beteiligungsangebote für die verbleibenden Regionen möglich.

## Drei Monate längere Laufzeit: FDP will AKW-Streckbetriebe bis Frühjahr 2023

*Um die Energie- und Wärmeversorgung im Winter sicherzustellen, will die FDP die Atomkraft minimal verlängern. Prinzipiell ist das möglich, sagt eine Expertin.*

Seit elf Jahren scheint ihr Ende besiegelt. Doch Totgesagte leben bekanntlich länger. Fünf Monate vor dem endgültigen Abschalten der letzten drei deutschen Atomkraftwerke - Isar 2 (Bayern) , Emsland (Niedersachsen) und Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) - spaltet die Frage nach einem temporären Weiterbetrieb die Ampel-Koalition.

Nach den Drosselungen der Gas-Lieferungen aus Russland fordert Johannes Vogel, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, die letzten drei Meiler drei Monate länger in Betrieb zu lassen. "Ich halte es für absolut notwendig, dass alle Register gezogen werden", sagte er am Dienstag in Berlin.

Um die Energieversorgung im Winter sicherzustellen, forderte der Liberale ein "Winterpaket". Damit müsse sichergestellt werden, dass die Gas-Einkäufe auf dem Weltmarkt hochgefahren werden und es marktwirtschaftliche Anreize zum Energiesparen gibt. Und auch die Atomkraftwerke sollen in einem "Winterpaket" bedacht werden. "Die Streckung der Kernkraftwerke über die Wintermonate muss dazugehören", sagte Vogel. Dafür müssten nicht extra Brennstäbe geordert werden, deren Lieferung teils mehrere Monate benötigt.

Doch ist eine Streckung technisch überhaupt möglich? Friederike Frieß, die an der Universität für Bodenkulturen in Wien zu Reaktorsicherheit arbeitet, schließt das am Telefon per se nicht aus. Man könne Atomkraftwerke bedingt drosseln. "Wenn man die Kernkraftwerke mit geringerer Leistung fährt, könnte man sie etwas länger am Netz lassen. Ob das möglich ist, hängt vom Zustand der Brennelemente ab, wie hoch der Abbrand ist." Je mehr die Brennstäbe bereits abgebrannt sind, desto weniger Spielraum haben die Betreiber.

**"Eigentlich bräuchte man dann neue Genehmigungen"**

Doch Frieß hat noch weitere Bedenken. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima waren in der gesamten EU Stresstests bei allen Anlagen durchgeführt worden. Auch an den deutschen Meilern waren Mängel festgestellt worden, die aber nicht behoben wurden, weil sie ja zeitnah vom Netz gehen sollten. "Wenn die Atomkraftwerke jetzt länger laufen sollen, müssten eigentlich neue Genehmigungen erteilt werden", sagt die Wissenschaftlerin.

Auch die Betreiber der Atomkraftwerke äußern sich eher skeptisch: "Die EnBW hat nach dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2011 eine langfristige Strategie für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke ausgearbeitet, die sie seither konsequent umsetzt", teilt ein Sprecher von EnBW, die den Meiler in Neckarwestheim betreiben, dem Tagesspiegel mit. Den konkreten Vorschlag der FDP will er mit Blick auf den Ausstiegsbeschluss nicht kommentieren: "Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass sich jegliche hypothetischen Fragen vor diesem Hintergrund für uns nicht stellen."

Besonders scharf wiesen die Grünen die Forderung des Koalitionspartners zurück: "Aus meiner Sicht brauchen wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Scheindebatte über Atomkraftwerke", sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Britta Haßelmann am Dienstag in Berlin.

Die Sicherheitsbedenken könnten nicht ausgeräumt werden, es gebe keine Lösung bei der Endlagerfrage und auch die Situation in Frankreich, wo momentan die Hälfte aller Atomkraftwerke abgeschaltet sei, zeige die Unsicherheit der Atomkraft. "Das brauchen wir nun wirklich nicht", sagte Haßelmann. Bereits an diesem Mittwoch wird sie sich damit aber wohl erneut beschäftigen müssen - dann treffen sich die Ampel-Spitzen zum Koalitionsausschuss.